27. März 2025
#7 / 2024

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Weg damit!

Wirtschaftspolitik. Was wünschen sich die Unternehmen in Deutschland von der Politik? Diese Frage hat das IW rund 1.000 Geschäftsführern kurz vor der Bundestagswahl gestellt. Natürlich sprechen sich die Betriebe für niedrigere Unternehmensteuern und sinkende Energiekosten aus, viel wichtiger sind ihnen aber die Deregulierung und der Bürokratieabbau. Zwar haben Brüssel und Berlin hier Entlastungen angeschoben, doch offensichtlich ist davon noch nicht allzu viel bei den Firmen angekommen. Grund genug, das Thema Bürokratie weiter zu erforschen, findet Susanne Seyda, Leiterin des Kooperationsclusters IW-Befragungen. → *Seiten 2–5*

Außenhandel
Die Zahl der Warengruppen, in denen Deutschland einen Weltexportanteil von mehr als 30 Prozent hat, ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken.
→ *Seiten 6–8*

Arbeitszeit
Wer mehr als 48 Stunden pro Woche arbeitet, fühlt sich tendenziell öfter erschöpft als andere Beschäftigte. Freiräume im Job können dem aber entgegenwirken.
→ *Seiten 10–11*

Weitere Themen +++ Mobilität +++ Indien +++ Unternehmen +++
Top-Liste: Geburtenraten in der EU +++ Zahl der Woche: Einbußen durch Krisen

Die Prioritäten der Unternehmen

Wirtschaftspolitik. *In Berlin verhandeln die Koalitionäre in spe nicht zuletzt darüber, wie die deutsche Wirtschaft wieder ans Laufen gebracht werden kann. Die Unternehmen haben recht konkrete Vorstellungen, womit ihnen am meisten geholfen wäre.*

Dass die Infrastruktur in Deutschland dringend saniert werden und mehr Geld in die Verteidigung fließen muss, ist den voraussichtlichen Koalitionspartnern CDU/CSU und SPD bewusst. Schließlich wollen sie dafür erhebliche finanzielle Mittel bereitstellen. Doch was ist eigentlich der Wirtschaft wichtig? Welche Maßnahmen sollte die künftige Bundesregierung ihrer Meinung nach ergreifen, um die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern? Und was sollte die Politik tun, um den gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern?

Diese Fragen hat das Institut der deutschen Wirtschaft kurz vor der Bundestagswahl rund 1.000 Geschäftsführern gestellt. Interessanterweise rufen die Wirtschaftsvertreter nicht zuvorderst nach konkreter Unterstützung und finanzieller Entlastung, sondern primär nach der Beseitigung von bestehenden Hemmnissen, um besser unternehmerisch handeln zu können (Grafik):

Ganz oben auf der Liste der Betriebe steht der Bürokratieabbau – mehr als 54 Prozent stufen dies als eine der drei wichtigsten Aufgaben für die neue Regierung ein.

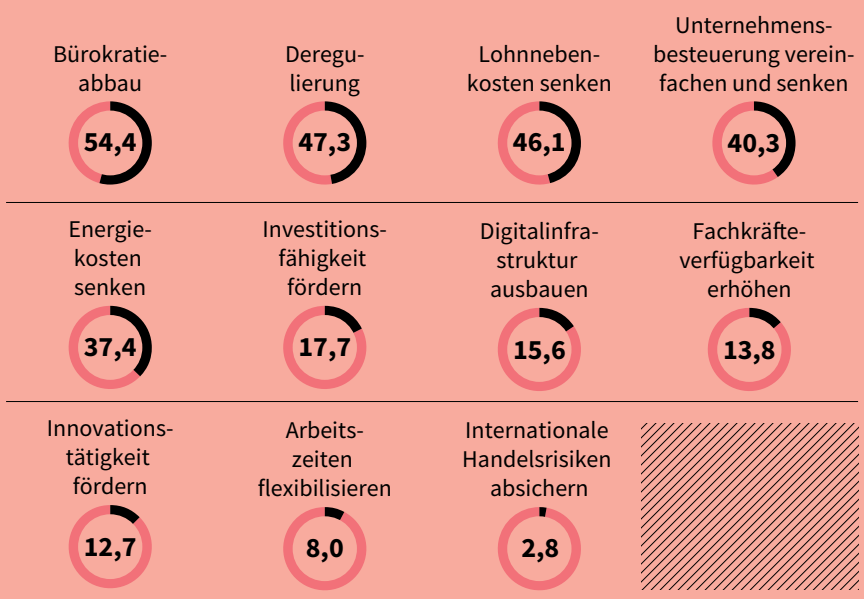
Auch der zweitstärkste Wunsch dreht sich um mehr Handlungsfähigkeit. So betrachten 47 Prozent der befragten Unternehmen die Deregulierung, also den Abbau der Regelungsdichte, als eine der drei zentralen Anforderungen an die Politik.

Tatsächlich hat sich die EU-Kommission, die für einen großen Teil der jüngeren Berichtspflichten zuständig ist, Ende 2024 entsprechende Entlastungsziele gesetzt. So plant EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem sogenannten Omnibus-Verfahren, den administrativen Aufwand für Unternehmen, der ihnen unter anderem durch das EU-Lieferkettengesetz und die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung entsteht, um 25 Prozent zu reduzieren. Für Kleinunternehmen sollen es sogar 35 Prozent sein. Und auch der bisherige Wirtschaftsminister Robert Habeck hatte zwischenzeitlich mit der Aussetzung des deutschen Lieferkettengesetzes geliebäugelt.

Neben mehr Freiräumen und weniger Bürokratie wünschen sich die Unternehmen in Deutschland

Wirtschaftspolitik: Unternehmen drängen auf Deregulierung

So viel Prozent der Unternehmen zählen diese Maßnahmen zu den drei wichtigsten, die die neue Bundesregierung umsetzen sollte, um bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Deutschland zu schaffen



Befragung von 1.072 Unternehmen aus der Industrie und den unternehmensnahen Dienstleistungen zwischen dem 15. Januar und 13. Februar 2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

auch, dass eine neue Bundesregierung für finanzielle Entlastung sorgt: Auf den Plätzen drei bis fünf finden sich die Forderungen nach niedrigeren Lohnnebenkosten, einer geringeren und einfacheren Unternehmensbesteuerung – Deutschland zählt zu den Industrieländern mit den höchsten Unternehmensteuern – sowie niedrigeren Energiekosten. Letzteres ist insbesondere für energieintensive Industrien wie die chemische Industrie und die Metallerzeugung elementar.

Dagegen spricht sich nur eine Minderheit der Unternehmen in erster Linie für eine stärkere direkte Förderung der Investitionsfähigkeit (18 Prozent) oder für eine direkte Förderung der Innovationstätigkeit (13 Prozent) aus. Unter den Großunternehmen sind es noch weniger. Auch die Arbeitszeit- sowie die Handelspolitik stehen aus Sicht der Unternehmen nicht ganz oben auf der Agenda einer künftigen Wirtschaftspolitik.

Fragt man die Unternehmen allerdings danach, was die neue Bundesregierung tun sollte, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern, zeigen sich andere Prioritäten. Am wichtigsten sind den Betrieben unter Wohlstandsaspekten niedrigere Lohnnebenkosten, von denen zum einen die Arbeitgeber durch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit profitieren, zum anderen die Beschäftigten durch ein höheres Nettogehalt (Grafik):

An erster Stelle steht aus Sicht der Unternehmen die Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, um deren Kosten einzudämmen.

Auf Platz zwei der als notwendig erachteten Maßnahmen zur Wohlstandssicherung folgt die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur. Hier fordern die Firmen sowohl eine ausreichende finanzielle Ausstattung für die Sanierung und den Neubau als auch schnellere Genehmigungsverfahren. Das Thema der Verkehrsinfrastruktur treibt insbesondere Logistikunternehmen sowie den Großhandel um.

An dritter Stelle zur Sicherung des Wohlstands steht für die befragten Unternehmen kein unmittelbar ökonomisches Unterfangen, sondern ein gesellschaftliches:

Für rund ein Drittel der Betriebe ist die Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine der drei wichtigsten Maßnahmen zur Wohlstandssicherung in Deutschland.

Für 15 Prozent der Unternehmen ist dies sogar das allerwichtigste Thema. Hier spiegelt sich eine große Sorge der Unternehmen wider – sie sehen die Soziale Marktwirtschaft gefährdet, die auf Demokratie und Freiheit fußt.

IW-Kurzbericht 28/2025
Hubertus Bardt, Susanne Seyda, Edgar Schmitz: Wirtschaftspolitik nach der Wahl

IW-Kurzbericht 25/2025
Susanne Seyda, Edgar Schmitz, Thomas Schleiermacher: Was die neue Bundesregierung zur Sicherung des Wohlstands tun sollte – Die Sicht der Unternehmen

Im IW-Zukunftspanel befragt das Institut der deutschen Wirtschaft seit 2006 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und unternehmensnahe Dienstleister zu wirtschafts- und gesellschaftsrelevanten Veränderungsprozessen. Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Registrierung finden sich hier:
iwkoeln.de/iw-zukunftspanel

Wohlstandssicherung: Das brennt den Unternehmen auf den Nägeln

So viel Prozent der Unternehmen zählen diese Maßnahmen zu den drei wichtigsten, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern

Kosten der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung eindämmen	45,5
Verkehrsinfrastruktur ertüchtigen	34,9
Den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärken	33,6
Fachkräftesicherung (durch Bildungsinvestitionen und qualifizierte Zuwanderung)	24,7
Position Europas in der internationalen Politik stärken	22,5
Verteidigungsfähigkeit und Cybersicherheit öffentlicher Einrichtungen stärken	22,1
Öffentliche Verwaltung digitalisieren	21,4
Zukunftstechnologien fördern (z. B. künstliche Intelligenz, Biotechnologie)	19,6
Umwelt- und Klimaschutzziele konsequent weiterverfolgen	16,0
Schuldenbremse reformieren	13,9
Wochenarbeitszeit ausweiten	13,3
Internationale Handelsabkommen vereinbaren bzw. stärken	12,5
Renteneintrittsalter erhöhen	10,6

Befragung von 1.076 Unternehmen aus der Industrie und den unternehmensnahen Dienstleistungen zwischen dem 15. Januar und 13. Februar 2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd
iwd

Interview. *Das aktuelle IW-Zukunftspanel zeigt, dass Unternehmen sich weniger Bürokratie, geringere Lohnnebenkosten und mehr Demokratieförderung wünschen. Warum sich die Betriebe neuerdings so stark für gesellschaftliche Fragestellungen interessieren, erläutert die Leiterin Kooperationscluster IW-Befragungen,* ***Susanne Seyda.***

„Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Selbstverständlichkeit mehr“

Sie haben die Unternehmen nach ihren drängendsten Wünschen an die neue Bundesregierung befragt. Was hat Sie an den Antworten der Unternehmenslenker am meisten überrascht?

Wenn wir uns anschauen, was sich die Unternehmen von der Bundesregierung wünschen, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern beziehungsweise zu erhöhen, dann hat mich folgende Aussage überrascht, vielleicht sogar ein wenig erschreckt: Sie erachten Maßnahmen, die die Demokratie stärken und den sozialen Zusammenhalt fördern, als sehr wichtig.

Unternehmen schätzen also die Gesamtsituation so ein, dass in diesen Bereichen große Probleme bestehen, und sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Sie merken, dass die Soziale Marktwirtschaft, die lange Zeit die Basis für ihr wirtschaftliches Handeln war, keine Selbstverständlichkeit mehr ist und dass sowohl die Gesellschaft als auch der Staat – und auch die Unternehmen selbst – etwas tun müssen, um unsere Demokratie zu sichern.

Man kann doch auch in anderen politischen Systemen als der Sozialen Marktwirtschaft Geld verdienen und den Wohlstand steigern, wie man an China sieht. Warum ist die Verteidigung der Demokratie den heimischen Unternehmen dennoch so wichtig?

Weil Demokratie mit Freiheit einhergeht – auch mit unternehmerischen Freiheiten – mit Innovation, mit Ideen, mit Forschergeist. Die Unternehmen in Deutschland schätzen es, die Freiheit zu haben, verschiedene Dinge auszuprobieren und zu schauen, was gut ist und was nicht funktioniert. Wo kann man etwas verbessern, was sind die Bedürfnisse der Menschen? Die Unternehmen agieren ja nicht zum Selbstzweck, sondern letztlich geht es ihnen um die Menschen. Ihnen wollen sie Güter und Dienstleistungen verkaufen, die das Leben aus ihrer Sicht lebenswerter oder besser machen, und da ist es einfach wichtig, dass die Unternehmen diese Freiheit haben.

Konnten die Unternehmen ihre Antworten in Ihrer Befragung frei wählen oder waren Antwortmöglichkeiten vorgegeben?

Wir haben Antwortmöglichkeiten vorgegeben.

Es könnte also sein, dass den Unternehmen eigentlich ganz andere Dinge auf den Nägeln brennen?

Das könnte theoretisch sein. Aber es gab die Möglichkeit, dass die Unternehmen am Ende kommentieren konnten, ob ihnen der Fragenka-

Foto: IW

talog gefallen hat. Wir haben die Fragen kurz vor der Bundestagswahl gestellt und es gab erstens eine bemerkenswert schnelle und hohe Resonanz und zweitens hat sich kein Unternehmen darüber beschwert, dass wir wichtige Themen ausgelassen hätten.

Ganz oben auf der Prioritätenliste der Unternehmen steht der Bürokratieabbau. Dabei hat die Politik doch erst vor wenigen Monaten ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen, das die Unternehmen ab diesem Jahr um gut 3,5 Milliarden Euro jährlich entlasten soll …

Ich weiß nicht, wie viel von dieser Entlastung durch das Gesetz in den Unternehmen schon angekommen ist. Wir wollen das Thema Bürokratieabbau in unseren Befragungen auf jeden Fall noch weiter angehen, allerdings ohne dadurch selbst noch mehr Bürokratie in den Unternehmen zu schaffen. Denn wenn wir fragen: „Wie viel Arbeitszeit geht in Ihrem Betrieb für Bürokratie drauf?“, wollen wir nicht, dass die Unternehmen schlimmstenfalls jemanden damit beschäftigen, herauszufinden, wie viele Stunden für Bürokratieaufgaben aufgewendet werden, wenn die Unternehmen sowieso schon stark durch bürokratische Aufgaben belastet sind.

Zur Wohlstandssicherung favorisieren die Unternehmen, die Kosten der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung einzudämmen. Für ein höheres Renteneintrittsalter oder eine längere Wochenarbeitszeit sprechen sich dagegen nur wenige Betriebe aus. Ist das ein Widerspruch?

Nein, das ist kein Widerspruch. Die Wochenarbeitszeit ist ein Thema, das hauptsächlich bei den Tarifparteien liegt, das heißt, das ist gar nicht so stark bei der Bundesregierung anzusiedeln. Die Tarifparteien können die Arbeitszeiten verhandeln und dann im Tarifvertrag eine Einigung finden, so wie es für die Beschäftigten und die Arbeitgeber passt. Und die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist natürlich eine Möglichkeit, die gesetzliche Rentenversicherung zu finanzieren, neben anderen Optionen.

Ich denke, die Gewichtung der Antworten zeigt an dieser Stelle schlicht die Sicht der Unternehmen, die sagen, die Lohnnebenkosten sind einfach so hoch geworden, da muss was passieren. Es braucht aus ihrer Warte eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und da gehört nun mal die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, die einen sehr großen Kostenblock ausmacht, dazu.

Das IW-Zukunftspanel gibt es seit 20 Jahren. Aus Ihrer Erfahrung: Wie viele Wünsche der Unternehmen werden in der Regel in der politischen Praxis erhört?

Das ist schwer zu messen. Die Befragung hat aber in jedem Fall einen Nutzen für die teilnehmenden Unternehmen. Zum einen sehen wir uns als Sprachrohr, indem wir versuchen, die Sichtweisen der Unternehmen in die Politikgestaltung mit einzubringen. Zum anderen geben wir den Unternehmen durch unsere Umfragen Hinweise, welche Themen aktuell sind.

Außerdem erhalten alle Unternehmen, die mitmachen, eine Benchmark, das heißt, sie bekommen immer auch noch eine Einordnung ihrer Antworten im Vergleich zu anderen teilnehmenden Unternehmen ihrer Branche oder ihrer Unternehmensgrößenklasse. So können die Betriebe sehen: Wo stehen wir überhaupt und welchen Blick hat unsere Branche auf die Dinge?

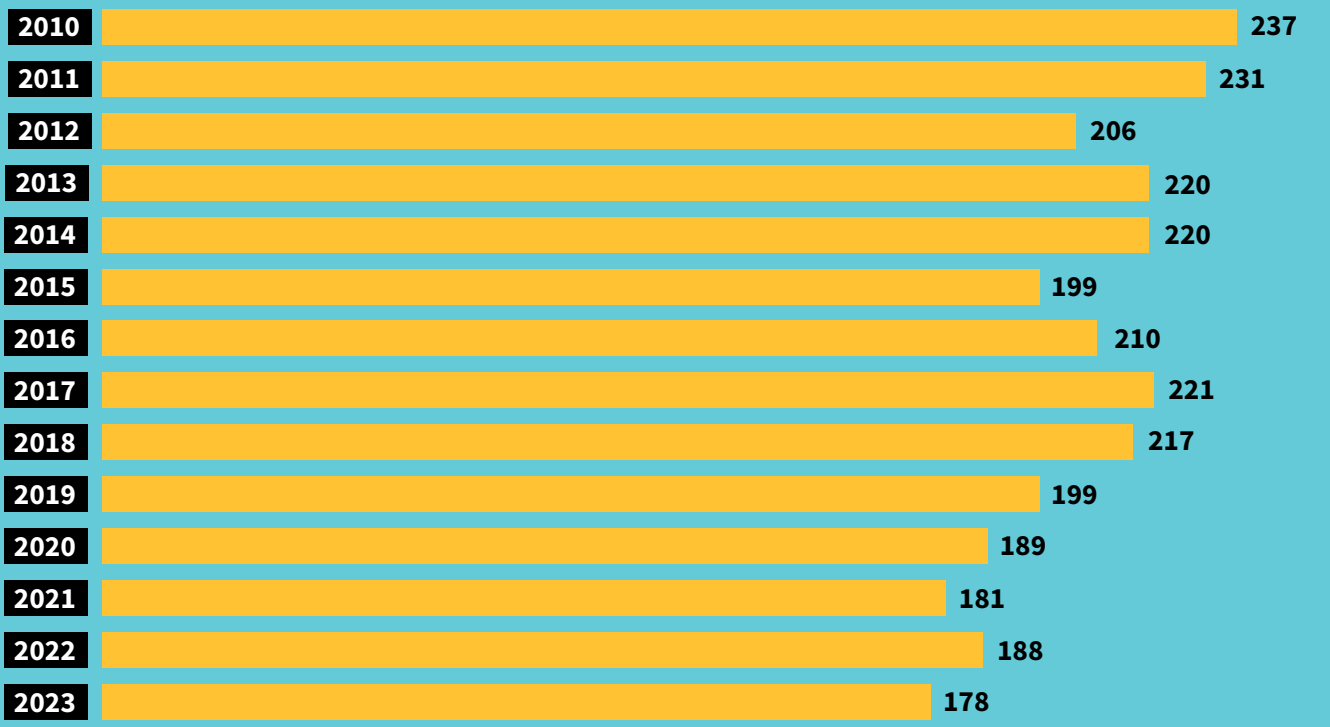
Stärken sehen, Stärken nutzen

Außenhandel. *Deutschland ist trotz lahmender Konjunktur weiterhin eines der exportstärksten Länder der Welt. Mit welchen Waren die heimische Wirtschaft den weltweiten Exporthandel dominiert, war bisher aber nicht genau bekannt. Eine neue IW-Studie gibt Aufschluss.*

Konfrontation statt Kooperation: Die geopolitische Lage hat sich seit dem Beginn von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine massiv verändert. Immer häufiger werden ökonomische Abhängigkeiten als Angriffsfläche genutzt und die Globalisierung zurückgedreht. Neben Russland taten sich dabei zuletzt China und die USA negativ hervor. Für das exportorientierte Deutschland entstehen dadurch Risiken. Auf der

Exporte: Weniger dominante Produkte

In so vielen Warengruppen hatte Deutschland einen Weltexportanteil von mindestens 30 Prozent



Warengruppen: HS-6-Steller gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik
2023: bereinigter Wert, geschätzt

Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

anderen Seite verfügt die Bundesrepublik aber auch über besondere Stärken im internationalen Handel, die sie künftig bei Bedarf einsetzen kann.

In einer neuen Studie ist das IW der Frage nachgegangen, in welchen Warengruppen Deutschland im Export international eine Vormachtstellung hat und somit auch, welche Hebel im geopolitischen Gerangel denkbar sind. Die Forscher legten fest, dass eine dominante Position dann gegeben ist, wenn mindestens 30 Prozent der weltweiten Ausfuhren in einer Warengruppe auf Deutschland entfallen. Das war zuletzt etwas seltener der Fall (Grafik Seite 6):

Im Jahr 2010 dominierte Deutschland den Welthandel in 237 von mehr als 5.000 detaillierten Warengruppen, 2023 waren es nach IW-Berechnungen noch 178.

Blickt man auf die Relevanz der einzelnen Produkte, so lassen sich je nach Zählweise rund 60 bis 100 Warengruppen identifizieren, die über einen längeren Zeitraum ihre dominante Position halten konnten und somit als Markenkern des deutschen Exports bezeichnet werden können. Gleichzeitig zeigt sich anhand der zahlenmäßigen Schwankungen, dass eine exponierte Stellung keinesfalls selbstverständlich ist und sich fortwährend Verschiebungen ergeben.

Zuletzt war Deutschland im Außenhandel vor allem in zwei Warengruppen stark (Grafik):

47 Erzeugnisse der chemischen Industrie hatten im Jahr 2023 eine weltweit dominante Position, das galt auch für 45 Maschinen und elektronische Waren deutscher Herkunft.

Ebenfalls stark vertreten war die Gruppe der unedlen Metalle und der Waren, die daraus hergestellt werden. Dagegen gehörten nur wenige Warengruppen aus den Bereichen Hochtechnologie und militärstrategische Sicherheit zu den deutschen Stärken im Außenhandel.

Den höchsten Weltexportanteil hatte die Bundesrepublik 2023 bei den natürlichen Magnesiumsulfaten Kieserit und Epsomit mit 94 Prozent. Diese Chemikalien werden für Düngemittel gebraucht. Ähnlich hoch lag der Anteil bei Schmerzmitteln aus der Gruppe der Opioide. Auch im Bereich Maschinen/Elektrotechnik gab es eine Reihe von Warengruppen mit Weltexportanteilen von mehr als 50 Prozent, wie etwa bestimmte Mikroskope, Erntemaschinen und Regeltechnik-Instrumente. Dasselbe galt für Kranwagen.

Neben dem Wissen um die eigenen Stärken ging es den IW-Forschern auch um eine Einordnung im internationalen Kontext. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit der Zahl seiner dominanten Warengruppen klar vor Italien und Frankreich; auch gegenüber der traditionell starken Industrienation Japan hat die deutsche Wirtschaft einen deutlichen Vorsprung. Anders sieht dies für die zwei größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt aus (Grafik Seite 8):

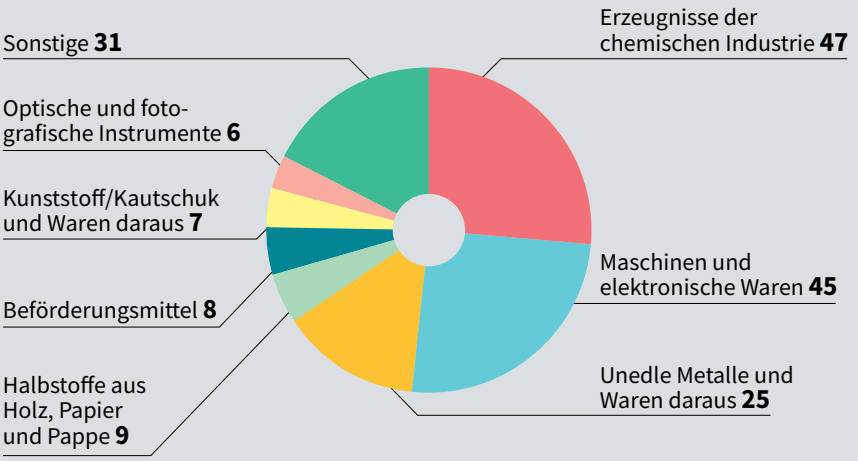
Die USA hatten im Jahr 2023 etwa 50 Prozent mehr dominante Warengruppen auf dem Exportmarkt als Deutschland. China kam sogar beinahe auf den siebenfachen Wert.

Die Daten sind am aktuellen Rand mit Unsicherheiten behaftet, weil für einige Länder noch keine Exportdaten vorliegen. So kommt Deutschland im Jahr 2023 bei reiner Auszählung auf 233 statt der 178 exportdominanten Warengruppen, die sich bei einer groben Bereinigung um Meldeverzögerungen ergeben. Da diese im Jahr 2023 auch die Werte für die anderen Exportländer nach oben ziehen, ist ein Vergleich zwi-

Fortsetzung

Dominante Exportpositionen: Chemische Industrie vorne

So viele Warengruppen mit einem deutschen Weltexportanteil von mindestens 30 Prozent im Jahr 2023 gehörten zu diesen Bereichen



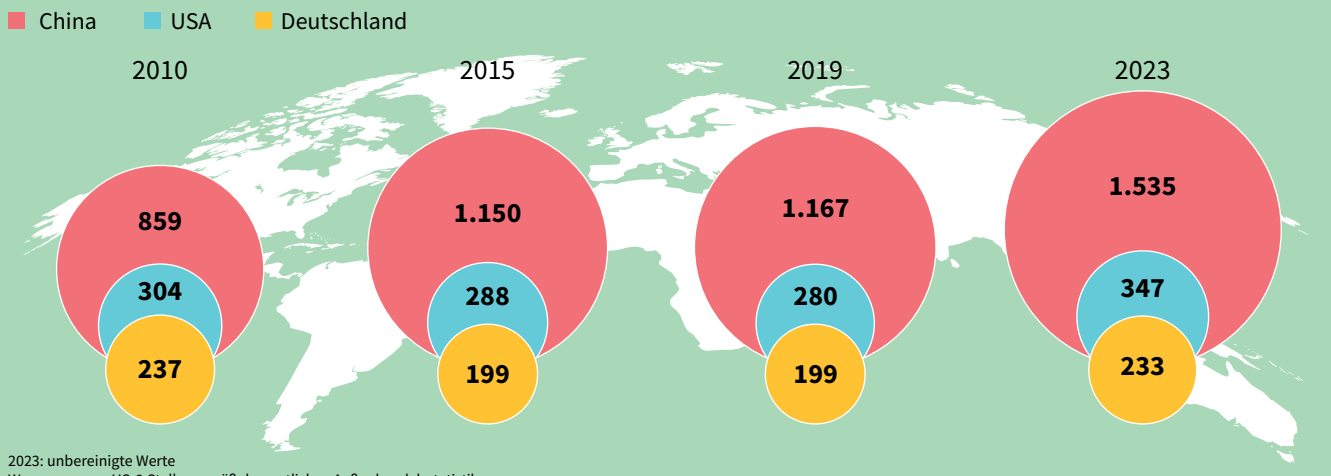
Sonstige: Warengruppen mit einer niedrigen einstelligen Zahl dominanter Positionen
Warenguppen: HS-6-Steller gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik

Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Exportstarke Waren: China weit enteilt

In so vielen Warengruppen hatten diese Länder einen Anteil am Weltexport von mindestens 30 Prozent



2023: unbereinigte Werte
Warengruppen: HS-6-Steller gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik
Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

schen Ländern weniger problematisch als ein Vergleich über die Zeit.

Doch auch unabhängig von gewissen statistischen Verzerrungen am aktuellen Rand gilt für China: Die Volksrepublik hat ihre Position auf dem Exportmarkt längerfristig massiv ausgebaut.

Allein von 2010 bis 2019 hat China die Zahl seiner dominanten Warengruppen im weltweiten Exportgeschäft um mehr als ein Drittel erhöht.

Für sich betrachtet, spielt China damit in einer eigenen Liga. Anders sieht es aus, wenn man China die gesamte EU gegenüberstellt. Die europäische Staatengemeinschaft hatte im Jahr 2023 in 3.490 Warengruppen einen Anteil am weltweiten Export von mindestens 30 Prozent. Sofern sich die Mitglieder der EU auch wirklich als Partner verstehen und geeint auftreten, haben sie also eine starke Position gegenüber der Volksrepublik.

Für Deutschland ergeben sich aus der IW-Studie mehrere Aufgaben:

- **Ein regelmäßiges Tracking** der deutschen Exportdominanz mit einem besonderen Fokus auf strategisch wichtigen Gütern in internationalen Wertschöpfungsketten ist sinnvoll. So ließe sich auch identifizieren, in welchen Märkten Deutschland Anteile verliert beziehungsweise gewinnt.
- **Eine genauere Identifikation** der deutschen Stärken ist eine weitere wichtige Maßnahme. Schließlich können auch Warengruppen mit einem geringeren Exportanteil von 30 Prozent strategische Bedeutung haben, je nachdem, ob bestimmte Länder von Importen dieser Waren abhängig sind.
- **Eine regierungsinterne Taskforce** zur Analyse von kritischen Abhängigkeiten ist nötig. Die Taskforce sollte diese Informationen in der vollen Breite erfassen und zusammenführen, um sie dann strukturiert zu analysieren. Dafür ist es wichtig, dass der Staat in zahlenmäßig eng begrenzten Fällen Zugang zum Expertenwissen der Unternehmen über Wareneigenschaften erhält, um herauszufinden, ob bei bestimmten Warengruppen tatsächlich geopolitische Hebel vorliegen. Im Gegenzug braucht es eine strenge Vertraulichkeit, damit die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen sicher gewahrt bleiben.
- **Eine unternehmens- und investitionsfreundlichere Wirtschaftspolitik** hierzulande ist unabdingbar, damit die deutsche Wirtschaft ihre dominanten Exportpositionen besser verteidigen und im besten Fall neue schaffen kann. Eine Analyse des IW zeigte unlängst, dass sich die deutsche Exportperformance in den vergangenen Jahren stark verschlechtert hat (siehe iwd 5/2025). Eine wichtige Rolle spielt dabei die sinkende Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Niedrigere Arbeits-, Energie- und Bürokratiekosten sowie investitions- und wachstumsfreundlichere Rahmenbedingungen sollten für die Politik daher ganz oben auf der Liste stehen, damit sich die Qualität des Standorts Deutschland wieder deutlich verbessert.

IW-Report 11/2025
Samina Sultan, Jürgen Matthes: Exportdominanz Deutschlands im Außenhandel

Der gesättigte Markt

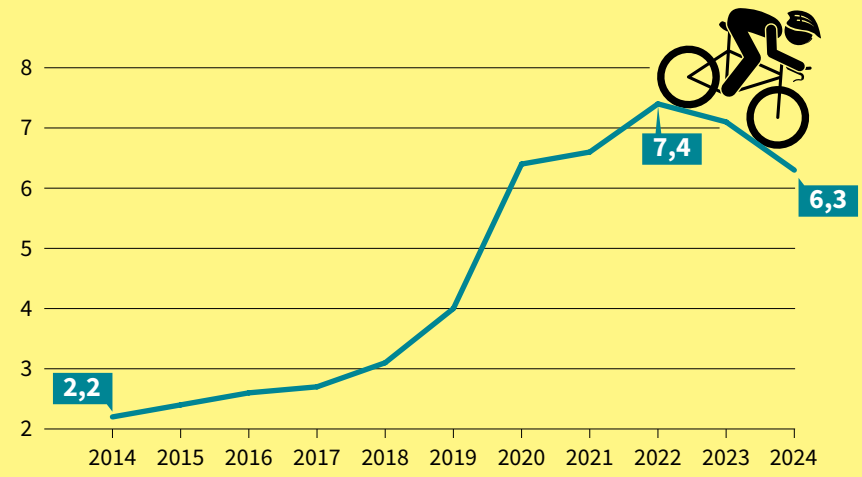
Mobilität. *Die deutsche Fahrradbranche hat zu kämpfen. Ihr Umsatz ging nach dem Fahrrad-Boom während der Coronapandemie zuletzt wieder zurück. Und die Aussichten sind nicht allzu gut: Volle Lager und das zurückhaltende Kaufverhalten der Bundesbürger machen der Branche weiterhin zu schaffen.*

Trekkingrad, Mountainbike, Lastenrad, mit oder ohne elektrische Unterstützung – wer sich ein Rad zulegen will, hat inzwischen eine enorme Auswahl. Trotzdem muss die Branche in Deutschland aktuell Einbußen hinnehmen. Insgesamt kauften die Bundesbürger im Jahr 2024 rund 3,9 Millionen Fahrräder und E-Bikes – etwa 2,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Auch der Umsatz der deutschen Fahrradbranche ist rückläufig, wie Zahlen des Zweirad-Industrie-Verbands (ZIV) zeigen (Grafik):

Die deutsche Fahrradbranche erwirtschaftete mit dem Verkauf von Fahrrädern und E-Bikes im vergangenen Jahr rund 6,3 Milliarden Euro – gut 10 Prozent weniger als 2023.

Fahrradbranche: Umsatz leicht rückläufig

Umsatz mit Fahrrädern und E-Bikes in Deutschland in Milliarden Euro



Quelle: Zweirad-Industrie-Verband
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Der Umsatzrückgang hat laut ZIV seinen Ursprung in der Coronapandemie. Weil die Nachfrage nach Fahrrädern und E-Bikes ab 2020 sprunghaft anstieg, hatten sich die Händler mit vielen Rädern eingedeckt. Dann flachte das Kaufinteresse der Bundesbürger ab. Die Lager sind daher prall gefüllt.

Um nun die Bestände zu verringern, folgte im vergangenen Jahr eine Rabattaktion auf die nächste. So mussten die Bundesbürger 2024 etwa 300 Euro weniger für ein E-Bike ausgeben als noch im Jahr zuvor. Der durchschnittliche Verkaufspreis für ein Fahrrad mit elektrischer Antriebshilfe lag zuletzt bei 2.650 Euro.

Eine weitere Folge der hohen Lagerbestände:

Die deutschen Fahrradhersteller produzierten im vergangenen Jahr mit knapp zwei Millionen Fahrrädern und E-Bikes fast 14 Prozent weniger als 2023.

Damit lag die Produktion auf dem Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019. Die Importe von Fahrrädern und E-Bikes sind sogar um gut 30 Prozent gesunken.

Ein zusätzlicher Dämpfer für die deutsche Fahrradbranche könnte die Lebensdauer der verkauften E-Bikes sein. Nach neuen Einschätzungen halten die Akkus der E-Bikes deutlich länger als zuvor angenommen. Dadurch sind die Verkaufszahlen nicht so hoch wie erhofft.

Neue Chancen erkennt die deutsche Zweiradindustrie in sportlichen Modellen wie Gravelbikes und Rennrädern. Ihr Anteil am Verkauf stieg im Jahr 2024 zwar nur um 1 Prozentpunkt, der ZIV sieht hier aber noch viel Potenzial.

Freiraum hält fit

Arbeitszeit. *Anders als oft vermutet, fühlen sich Beschäftigte in Deutschland, die einen Vollzeitjob mit 35 bis 40 Wochenstunden ausüben, nicht häufiger erschöpft als Teilzeitkräfte. Deutlich öfter über gesundheitliche Probleme klagen jene Beschäftigten, die mehr als 48 Stunden je Woche arbeiten. Die Länge der Arbeitszeit fällt allerdings weniger ins Gewicht, wenn die Beschäftigten im Job ausreichend Handlungsspielraum haben.*

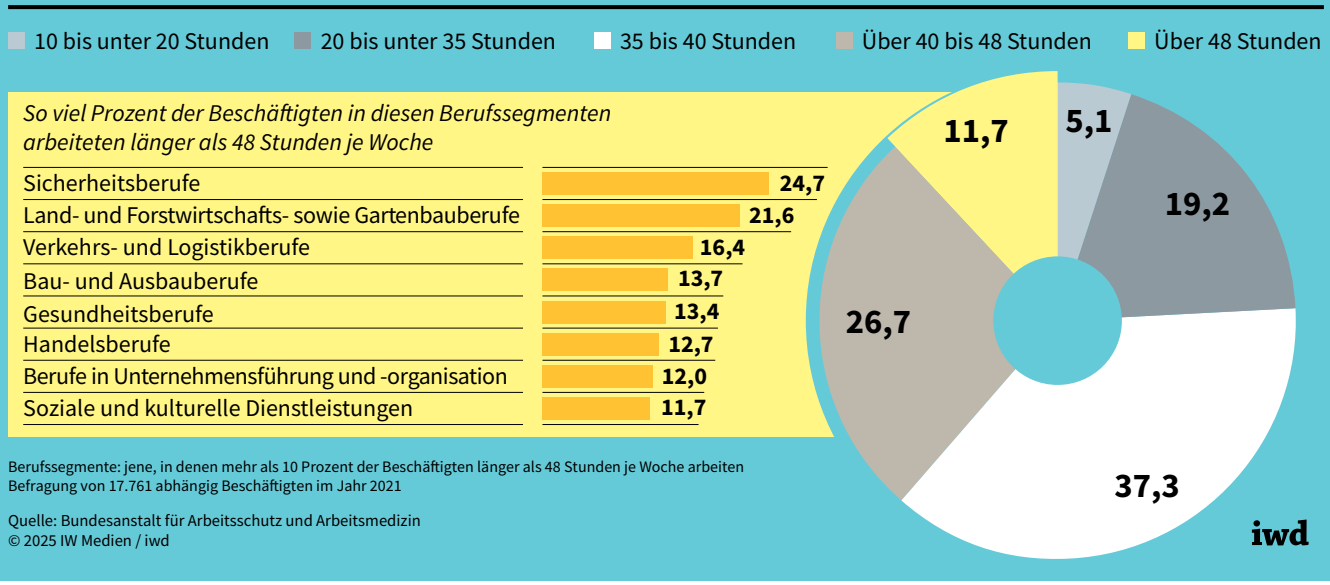
Schon länger diskutieren Arbeitsmarktforscher in Deutschland über die Vor- und Nachteile einer Viertagewoche. Die Befürworter argumentieren, kürzere Arbeitszeiten würden die Beschäftigten zufriedener, gesünder und produktiver machen. Die empirischen Experimente, die diese pauschale Aussage untermauern sollten, wurden allerdings von vielen Wissenschaftlern kritisiert.

Denn die Wirklichkeit ist komplizierter. Einerseits ist belegt, dass Arbeit zum Erhalt der Gesundheit beiträgt. Andererseits können sehr lange Arbeitszeiten mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einhergehen. Um den Zusammenhang zwischen der Arbeitszeit und dem gesundheitlichen Befinden der Beschäftigten näher zu beleuchten, hat das IW Daten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) ausgewertet.

Dabei zeigt sich zunächst, dass im Jahr 2021 – aus diesem Jahr stammt die jüngste verfügbare BAuA-Arbeitszeiterhebung – mit rund 37 Prozent ein großer Teil der abhängig Beschäftigten einen „normalen Vollzeitjob“ mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 35 und 40 Stunden hatte (Grafik). Im Durchschnitt arbeiteten abhängig Beschäftigte in Deutschland rund 38,4 Stunden je Woche. Annähernd 12 Prozent der Arbeitnehmer berichteten allerdings, „überlang“, also regelmäßig mehr als 48 Stunden je Woche zu arbeiten.

Überlange Arbeitszeiten: Eine Frage des Berufs

So viel Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeiteten im Jahr 2021 so viele Stunden je Woche



Berufssegmente: jene, in denen mehr als 10 Prozent der Beschäftigten länger als 48 Stunden je Woche arbeiten
Befragung von 17.761 abhängig Beschäftigten im Jahr 2021

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
© 2025 IW Medien / iwd

Gut 1 Prozent kam sogar auf mehr als 60 Stunden.

Der Anteil jener mit überlangen Arbeitszeiten unterscheidet sich deutlich zwischen den einzelnen Berufen:

In den Sicherheitsberufen arbeitete 2021 fast jeder vierte Arbeitnehmer länger als 48 Stunden pro Woche, in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau war es gut jeder Fünfte.

In den Fertigungsberufen sowie einigen Dienstleistungsbereichen berichtete dagegen weniger als jeder zehnte Beschäftigte von überlangen Arbeitswochen.

Doch wie wirken sich die unterschiedlich langen Arbeitswochen auf die Gesundheit der Beschäftigten aus? Beim Blick auf die entsprechenden Daten fällt zunächst eines auf (Grafik):

Vollzeitbeschäftigte mit 35 bis 40 Arbeitsstunden je Woche sind sowohl körperlich als auch emotional am seltensten erschöpft.

Bei den Teilzeitbeschäftigten ist der Anteil derjenigen, die über körperliche oder emotionale Erschöpfung oder auch konkrete Beschwerden wie Kopfschmerzen klagen, um bis zu 5 Prozentpunkte höher. Das dürfte auch mit den Belastungen außerhalb des Jobs zusammenhängen – etwa, wenn Frauen in Teilzeit arbeiten, zusätzlich aber Kinder betreuen oder ältere Familienangehörige pflegen müssen.

Am häufigsten geben Beschäftigte mit überlangen Arbeitszeiten gesundheitliche Probleme zu Protokoll:

Fast 60 Prozent derjenigen mit einer Wochenarbeitszeit von mehr als 48 Stunden fühlen sich müde und matt, knapp 46 Prozent sind körperlich und gut 36 Prozent emotional erschöpft.

Eine tiefergehende Untersuchung der Daten lässt darauf schließen, dass vor allem körperliche Ermüdungserscheinungen recht stark durch die Länge der Arbeitszeit bedingt sind. Ansonsten ist aber auch noch eine Reihe anderer Faktoren maßgeblich dafür, wie belastend die Beschäftigten ihre Arbeit empfinden. Einen Einfluss haben beispielsweise Gestaltungsfreiräume im Job oder das Miteinander im Betrieb. Bezieht man diese und ähnliche Bestimmungsgrößen mit in die statistische Analyse ein, zeigt sich:

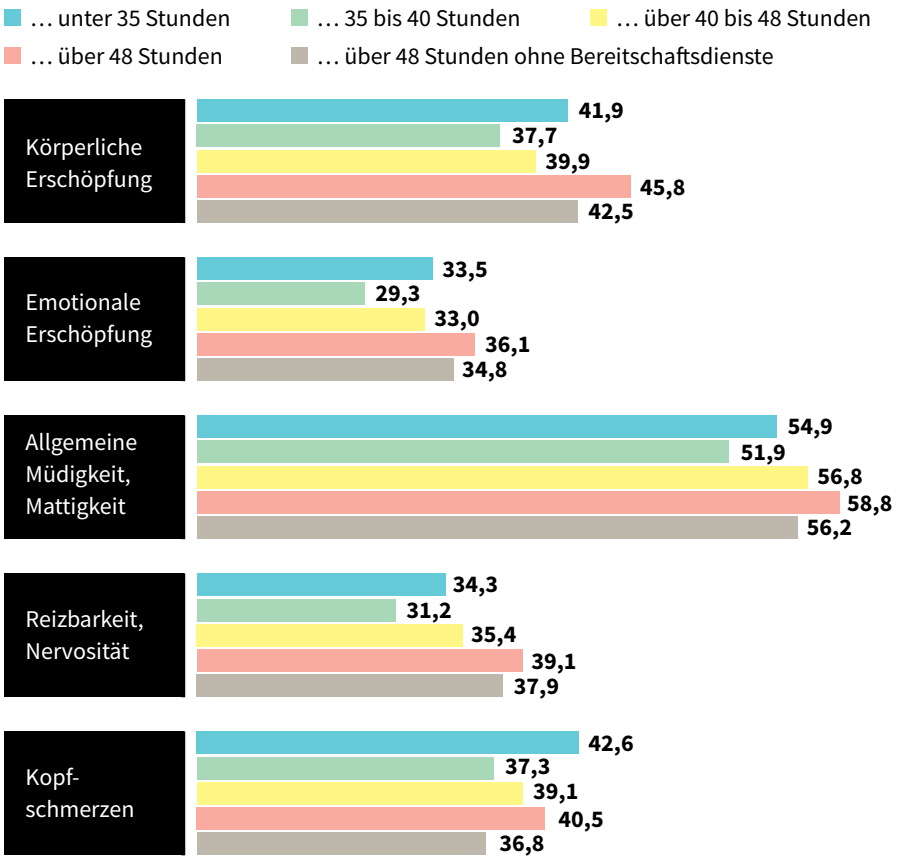
Die Dauer der Arbeitszeit spielt eine geringere Rolle für die erlebte emotionale Erschöpfung, wenn Beschäftigte sozialen Zusammenhalt erleben, vom Vorgesetzten unterstützt werden und Handlungsspielräume haben.

Selbst Arbeitnehmer mit einer Wochenarbeitszeit von mehr als 48 Stunden sind, statistisch betrachtet, nicht häufiger emotional erschöpft als ihre Kollegen mit kürzeren Arbeitszeiten, wenn sie ihr Pensum im Job beeinflussen können oder ihre privaten Interessen bei der Arbeitszeitplanung angemessen berücksichtigt werden.

Aus IW-Trends 1/2025
Andrea Hammermann: Zum Zusammenhang zwischen Länge der Arbeitszeit und Erschöpfungszuständen – Eine Analyse auf Basis der BAuA-Arbeitszeiterhebung

Beschäftigte in normaler Vollzeit sind am seltensten erschöpft

So viel Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland mit einer Wochenarbeitszeit von … im Jahr 2021 sagten, diese gesundheitlichen Beschwerden seien während der Arbeit häufig aufgetreten



Emotionale Erschöpfung: Person fühlt sich häufig ausgelaugt und antriebslos
Befragung von 17.742 abhängig Beschäftigten im Jahr 2021

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Premiumpartner der Zukunft

Indien. *Die EU unternimmt einen neuen Anlauf, um ein Freihandelsabkommen mit Indien zu schließen. Eine Einigung wäre ein großer Erfolg für Europa und könnte auch dem kränkelnden deutschen Exportmodell einen wichtigen Schub geben.*

Nicht nach China, in die USA oder in einen der südamerikanischen Mercosur-Staaten – die erste Reise der 2024 neu gewählten EU-Kommission ging Ende Februar nach Indien. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr die EU an engeren Beziehungen mit dem aufstrebenden Staat interessiert ist. Intention des Besuchs: eine neue strategische EU-Indien-Agenda aufsetzen und über ein Freihandelsabkommen verhandeln.

Bereits seit 2007 gab es immer wieder erfolglose Bestrebungen, ein solches Abkommen zu verabschieden. 2022 nahmen beide Seiten die Gespräche nach längerer Pause wieder auf und gründeten in diesem Zuge das EU-Indien Trade and Technology Council – ein Format, das die EU ansonsten nur noch mit den USA pflegt. Ziel ist eine engere Abstimmung in Handelsfragen und in der Technologieregulierung.

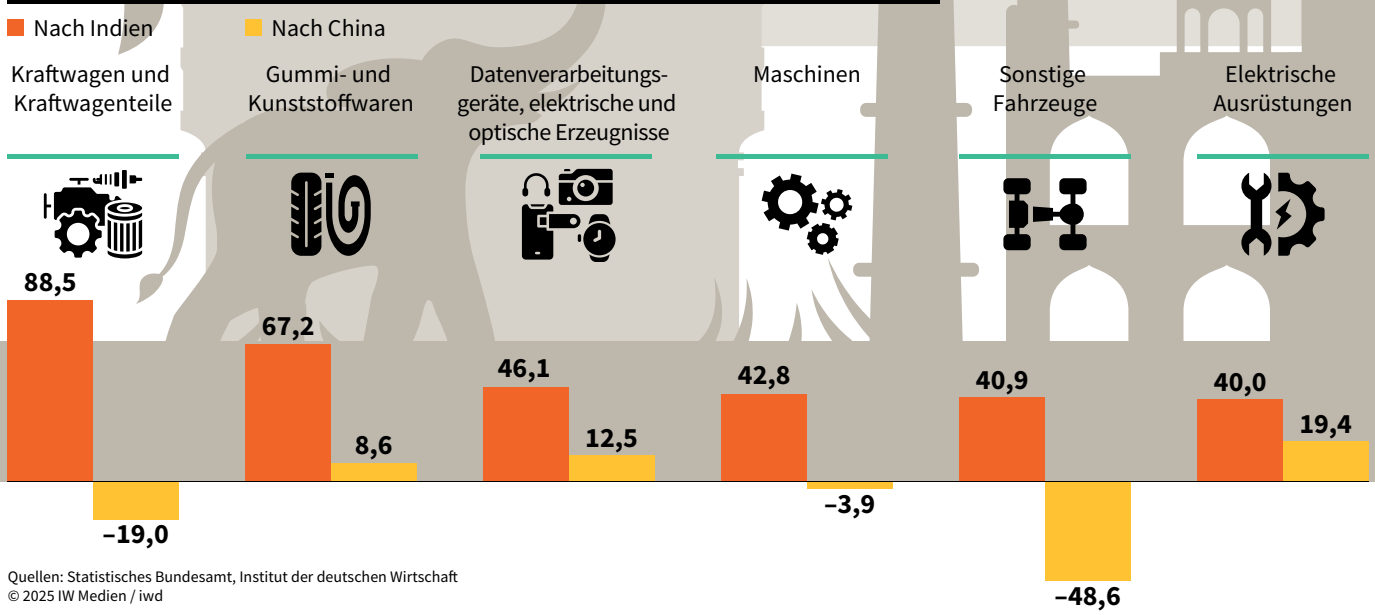
Allerdings erschwert die protektionistische Handelspolitik Indiens, das den heimischen Markt unter anderem durch hohe Importzölle schützt, den neuen Anlauf. Ein Hoffnungsschimmer: Die vier Staaten der europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) – Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz – haben 2024 erfolgreich ein Handelsabkommen mit Indien abgeschlossen. Das dürfte auch daran gelegen haben, dass die EFTA-Staaten sich im Gegenzug zu einer Marktöffnung Indiens dazu verpflichtet haben, ihre Direktinvestitionen dort in den kommenden 15 Jahren um 100 Milliarden Dollar zu erhöhen – ein Modell, an dem sich die EU orientieren könnte.

Ein Freihandelsabkommen mit dem bevölkerungsreichsten Land der Welt würde nicht nur einen großen Wachstumsmarkt eröffnen, sondern auch dabei helfen, den europäischen Handel zu diversifizieren. Schließlich sucht die EU derzeit nach neuen Partnern, um ihre Abhängigkeit von China zu verringern.

Bereits in den vergangenen Jahren ist die Rolle Indiens für die europäische Wirtschaft gewachsen. Dies gilt auch mit Blick auf Deutschland. Zwar ist China – die Lieferungen dorthin machten im Jahr 2024 mit knapp 90 Milliarden Euro nahezu 6 Prozent aller deutschen Exporte aus – aktuell noch ein insgesamt weitaus größerer Abnehmer von Waren und Dienstleistungen als Indien, auf das mit rund 17 Milliarden Euro 1,1 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhren entfielen. Der generelle Trend ist jedoch eindeutig (Grafik):

Ausfuhren nach Indien steigen

Veränderung der deutschen Warenexporte von 2019 bis 2024 in diesen Gütergruppen in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

Während die deutschen Ausfuhren nach China von 2019 bis 2024 um rund 6 Prozent zurückgingen, legten die Exporte nach Indien im selben Zeitraum um 42 Prozent zu.

Besonders stark wuchsen in diesem Zeitraum mit einem Plus von fast 89 Prozent die Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nach Indien. Jene ins Reich der Mitte sanken gleichzeitig um rund ein Fünftel. Selbst in Warengruppen wie Gummi und Kunststoff, in denen die Exporte nach China weiter zugelegt haben, war das prozentuale Wachstum der Ausfuhren nach Indien durchgehend deutlich höher.

Ein indisch-europäisches Handelsabkommen böte eine große Chance, den Handel mit dem südasiatischen Land noch stärker auszuweiten. Die EU sollte sich kompromissbereit zeigen und auf eine zügige Einigung hinarbeiten. Das wäre nicht nur ein Gewinn für Europa insgesamt, sondern könnte auch dem schwächelnden deutschen Export neuen Schwung verleihen.

IW-Kurzbericht 21/2025
Samina Sultan: Indien – Hoffnungsschimmer für den deutschen Export?

Foto: IW

Interview. ***Samina Sultan*** *ist Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel im Institut der deutschen Wirtschaft.*

Wie realistisch ist es, dass sich die EU und Indien auf ein Freihandelsabkommen einigen?

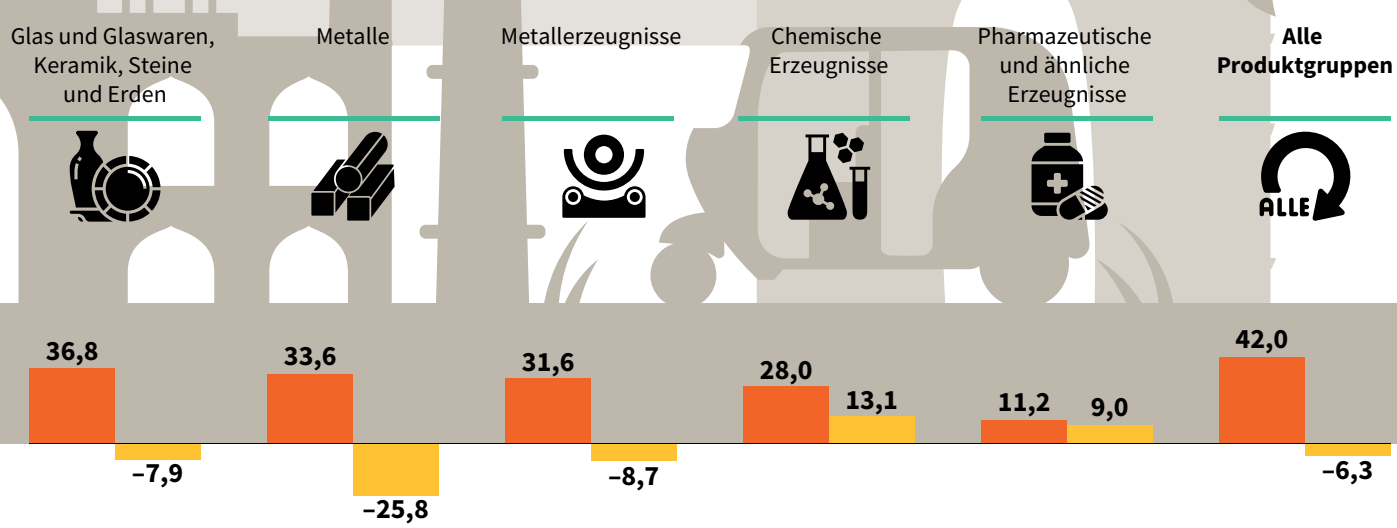
Die EU hat die Wichtigkeit eines Abkommens mit Indien erkannt. Ich könnte mir allerdings vorstellen, dass sich die Verhandlungen über ein vollumfängliches Freihandelsabkommen noch etwas ziehen dürften. Vielleicht wäre es daher eine Möglichkeit, ein Abkommen zunächst auf bestimmte Sektoren zu begrenzen. Das wäre ein guter Ausgangspunkt, um dann nach und nach die Beziehungen zu vertiefen.

Was kann zu erfolgreichen Verhandlungen beitragen?

Kompromissbereitschaft von beiden Seiten. Zumal die Dringlichkeit eines Abkommens sowohl für die EU als auch für Indien zunimmt, wenn sich die USA unter Donald Trump weiter abschotten und China seine protektionistische Politik fortsetzt.

Wie entwickelt sich die indische Wirtschaft aktuell?

Das Land ist mit hohen Wachstumsraten aus der Coronapandemie gekommen, zuletzt hat sich die Kurve allerdings etwas abgeflacht. Indien ist mit seinen 28 Bundesstaaten ein sehr heterogenes Land und seine Wirtschaft deshalb komplex – so ist beispielsweise Goa an der Westküste gemessen an der Wirtschaftsleistung pro Kopf relativ wohlhabend, Uttar Pradesh im Norden noch recht arm. Langfristig sprechen aber viele Aspekte für eine positive Entwicklung – zum Beispiel die junge Bevölkerung und der riesige Absatzmarkt.



Gemeinsame Arbeit, verschiedene Ziele

Unternehmen. *E-Mobilität, Vernetzung, künstliche Intelligenz – die Automobilindustrie muss Innovationen in zunehmend komplexen Bereichen voranbringen. Ein Weg, um dabei mehr Expertenwissen einfließen zu lassen, sind Kooperationen mit Start-ups. Welche Vorteile sich die beiden Seiten von einer Zusammenarbeit erhoffen, zeigt eine gemeinsame Studie vom Verband der Automobilindustrie und dem Institut der deutschen Wirtschaft.*

Stillstand heißt Rückschritt – dieses Credo gilt auch für die deutsche Automobilindustrie. Bislang hat sich die Branche stets als äußerst patentstark gezeigt. Doch Entwicklungen der Konkurrenz, digitale Ansprüche der Kunden und Vorgaben zu Umweltstandards aus der Politik haben den Innovationsdruck auf die Autobauer in den vergangenen Jahren erhöht.

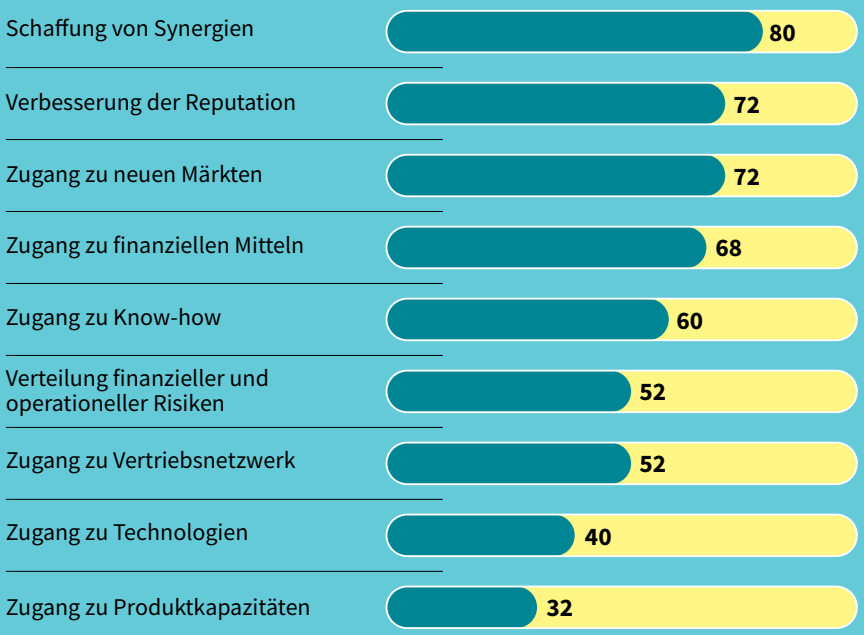
Um die Forschung und Entwicklung weiter voranzutreiben, bieten sich neben den eigenen Anstrengungen Kooperationen mit – vor allem digitalen – Start-ups an.

Vor diesem Hintergrund haben der Verband der Automobilindustrie und das Institut der deutschen Wirtschaft bereits im Jahr 2023 Unternehmen der Branche zu ihrem Kooperationsverhalten befragt. Die nun vorliegende Studie mit Daten von 2024 beleuchtet zudem die Seite der Start-ups.

Die Befragung zeigt, dass für die etablierten Unternehmen der Automobilindustrie der Fortschritt

Kooperationen: Was sich Start-ups erhoffen

So viel Prozent der Start-ups in Deutschland, die mit Automobilunternehmen kooperieren, verfolgen damit diese Ziele und haben sie bereits teilweise oder vollständig erreicht



Werte beziehen sich auf jene Unternehmen, die Angaben zu den einzelnen Zielen gemacht haben
Befragung von 25 Start-ups im Juli und August 2024

Quellen: Verband der Automobilindustrie, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

das wichtigste Ziel einer Kooperation ist (Grafik):

87 Prozent der Automobilunternehmen, die mit Start-ups zusammenarbeiten, haben ihr Ziel, Zugang zu neuen Technologien zu erhalten, teilweise oder vollständig erreicht.

In 82 Prozent der kooperierenden etablierten Firmen gilt das für die Steigerung der Innovationsfähigkeit.

Die Ziele der Start-ups, die mit der Automobilbranche kooperieren, sehen deutlich anders aus (Grafik Seite 14):

Synergien zu erzeugen, steht für wachsende Start-ups im Mittelpunkt der Kooperation.

Hoch im Kurs steht bei ihnen auch die Verbesserung der eigenen Reputation sowie der Zugang zu neuen Märkten, finanziellen Mitteln und zum Know-how der Automobilfirmen.

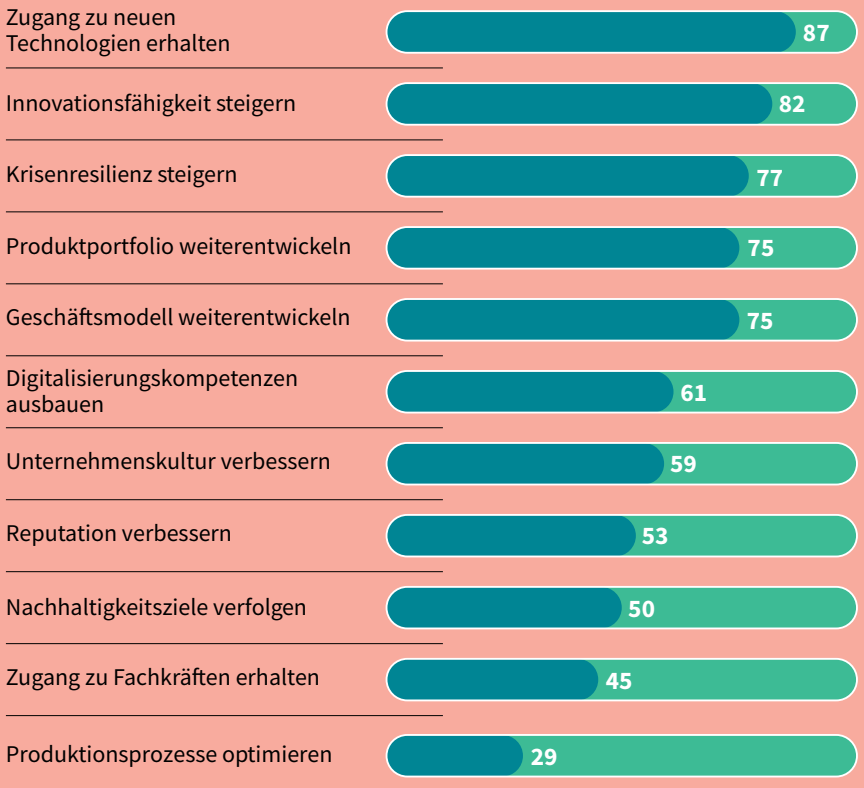
So sehr sich etablierte Unternehmen und junge Firmen in ihren Zielen einer Zusammenarbeit unterscheiden, so einig sind sie sich beim Blick auf die Hemmnisse für derlei gemeinsame Projekte. Beide Seiten sehen in zu wenig Personal die größte Hürde für Kooperationen. Unter den Automobilunternehmen ist der Anteil derer, die dieses Problem sehen, im Vergleich zur Befragung 2023 noch einmal deutlich gestiegen. Beide Gruppen beurteilen außerdem zu wenig Zeit und finanzielle Engpässe als große Hemmnisse für eine übergreifende Zusammenarbeit.

Aber auch andere Themen wie Bürokratie, juristische Hürden, fehlende Informationsangebote und ein unklarer Mehrwert sind für die Unternehmen und Start-ups Gründe, unter Umständen auf Kooperationen zu verzichten.

Mit einer klugen Wirtschaftspolitik kann die Regierung diverse Hürden abbauen und die Zusammenarbeit über Firmengrenzen hinweg fördern. Veranstaltungen von Verbänden und KI-unterstützte Vernetzungsplattformen können zudem die Kontaktaufnahme erleichtern. Wichtig sind vor dem Hintergrund der Studienergebnisse auch Empfehlungen oder Leitfäden dazu, wie man Kooperationen erfolgreich gestaltet und durchführt.

Kooperationen: Was sich etablierte Unternehmen erhoffen

So viel Prozent der Automobilunternehmen in Deutschland, die mit Start-ups kooperieren, verfolgen damit diese Ziele und haben sie bereits teilweise oder vollständig erreicht



Werte beziehen sich auf jene Unternehmen, die Angaben zu den einzelnen Zielen gemacht haben
Befragung von 41 Unternehmen im Juli und August 2024
Quellen: Verband der Automobilindustrie, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 48/2024
Klaus-Heiner Röhl, Marc Scheufen: Innovation durch Kooperation

Impressum

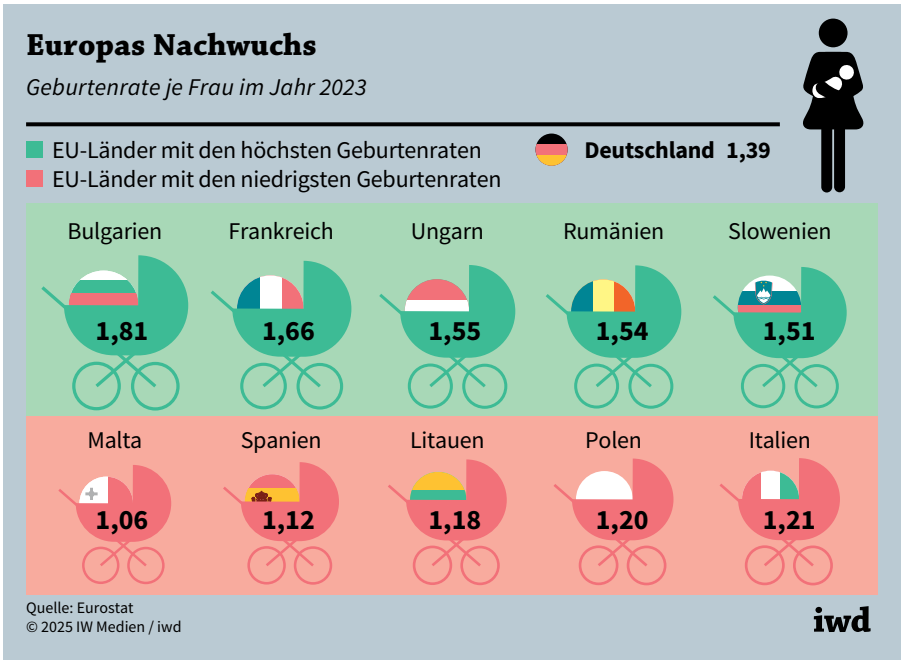
Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

eco zoom natureOffice.com/DE-077-661530
CO2e-emissions compensated
GOGREEN
Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

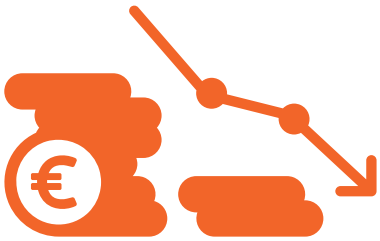
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Baby, Baby

3,7 Millionen Babys kamen im Jahr 2023 – das ist die aktuellste verfügbare Zahl – in den 27 EU-Mitgliedsstaaten zur Welt. Zum Vergleich: Im Jahr 1964 wurden 6,8 Millionen Kinder in den heutigen EU-Staaten geboren. Wie viele Kinder eine Frau im Schnitt bekommt, hängt vom gesellschaftlichen Wandel und medizinischen Fortschritt ab, aber auch davon, wo sie lebt. Dies zeigt ein Blick auf die Geburtenraten in der EU: In Malta, Spanien und Litauen waren diese Raten mit weniger als 1,2 Geburten je Frau im Jahr 2023 besonders niedrig. Bulgarinnen bekamen mit einer Geburtenrate von rund 1,8 EU-weit die meisten Kinder. Zudem ist Bulgarien einer von nur drei EU-Staaten, in dem es 2023 mehr Nachwuchs gab als im Vorjahr. Doch selbst in den EU-Mitgliedsstaaten mit den höchsten Geburtenraten reicht die Zahl der Neugeborenen nicht aus, um die Bevölkerungsgröße ohne Migration konstant zu halten: Dafür müsste jede Frau im Laufe ihres Lebens 2,1 Kinder gebären.



Zahl der Woche



Um 735

Milliarden Euro ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 2020 bis 2024 durch die Coronapandemie, den Ukraine-Krieg und die weiteren geopolitischen Verwerfungen geringer ausgefallen, als es ohne die Krisen zu erwarten gewesen wäre. Diese vom IW geschätzten Verluste entsprechen 4,3 Prozent der tatsächlichen Wirtschaftsleistung der vergangenen fünf Jahre. Damit fielen die Effekte deutlich stärker aus als in der Strukturkrise von 2001 bis 2004 mit 3,4 Prozent des BIP. Auch die ökonomischen Kosten der Finanzmarktkrise von 2008/2009 waren mit 4,1 Prozent geringer als die der jüngsten Krisenperiode.

Ließ die Pandemie vor allem den privaten Konsum einbrechen, haben die Folgen des Ukraine-Kriegs und die weiteren geopolitischen Konflikte auch zunehmend die Investitionen beeinträchtigt. Dies betraf sowohl die Investitionen in industrielle Ausrüstungen als auch die Bautätigkeit. Insgesamt beziffert das IW die Konsumausfälle in den vergangenen fünf Jahren auf gut 470 Milliarden Euro, die Einbußen bei den Investitionen auf 265 Milliarden Euro.

IW-Report 9/2025
Michael Grömling: Wie hoch sind die Verluste durch Pandemie und Krieg?